



Haushaltsrede 2008

vom Fraktionsvorsitzenden

Ralf Wilke

in Auszügen gehalten am 17.6.2008

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 17. Juni 2008, 16 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen und Herren,

Finanzen

Die finanzielle Lage unserer Stadt ist nicht gut. Ein Haushalt mit einem strukturellen Defizit von mehr als 10 Millionen Euro muss Bedenken hervorrufen. Wir betreiben Vermögensverzehr, darüber kann auch das Jahr 2007 mit dem Einmaleffekt des Wobau-Verkaufs an die BVG nicht hinwegtäuschen. In der mittelfristigen Planung schrammen wir nur ganz knapp an der Verpflichtung zu einem Haushaltssicherungskonzept vorbei. Gleichzeitig müssen wir als Stadt in vielen Handlungsfeldern agieren. Wir dürfen nicht wie das Kaninchen vor der Schlange vor dem Sparzwang erstarren. Unser freiwilliges Haushaltskonsolidierungskonzept zeigt unseren Willen, die Ausgaben in den Griff zu bekommen. Es muss sicher in den nächsten Jahren weiter entwickelt werden, wir Sozialdemokraten stehen dazu. Aber unser Motto kann nicht sein „Sparen, koste es, was es wolle“. Gestaltung ist gefragt, nicht blindes Kürzen und Streichen.

Den Spielraum dafür schaffen uns steigende Steuereinnahmen, die der guten Konjunktur zu verdanken sind. Die Bundesregierung der großen Koalition und die rot/grüne Regierung Schröder haben den Grundstein dafür gelegt.

Dass wir in diesem Jahr weniger Schlüsselzuweisungen vom Lande erhalten, ist Folge der gestiegenen Steuerkraft.

Auch unsere um etwa 4 Millionen Euro höhere Kreisumlage wird so begründet. Der Appell an den nun schuldenfreien Kreis, Sparsamkeit zu Gunsten der finanziell belasteten Gemeinden zu zeigen, ist allerdings durchaus berechtigt. Eine geringere Kreisumlage wird ja seit Neuestem für dieses Jahr in Aussicht gestellt.

Der Anteil der Gemeinden beim Solidarbeitrag ist strittig. Die Landesregierung schwankt hier hin und her. Zunächst wird der Stadt Velbert zu viel gezahlter Solidarbeitrag erstattet, jetzt will der Finanzminister Nachforderungen stellen. Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Verlässliche Finanzpolitik sieht anders aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
im Folgenden möchte ich einige Aspekte der Velberter Kommunalpolitik ansprechen

Soziales

Bei den Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern setzt die SPD-Fraktion konsequent auf Prävention, d.h., handeln bevor etwas passiert.

Zwar sind wir glücklicherweise in Velbert nicht durch Misshandlungen oder gar Todesfälle von Kindern in die Schlagzeilen gekommen. Dies liegt sicherlich auch daran, dass wir bereits jetzt z.B. im Rahmen unserer stadtteilorientierten Sozialarbeit vorbeugende Arbeit machen. Aber wir leben auch nicht auf einer Insel der Seligen. Wir haben in Velbert einen im Kreisvergleich hohen Anteil an Hartz-IV-Empfängern und auch an Menschen mit Migrationshintergrund. Berichte des Kreises Mettmann aus dem Gesundheits- und Behindertenbereich zeigen, dass die soziale und gesundheitliche Situation der Velberter Kinder schlechter ist als im Kreisdurchschnitt. Armut ist auch für Kinder in Velbert ein Thema und Armut ist eine schlechte Grundlage für das Aufwachsen unserer Kinder.

Deshalb müssen wir in Velbert die soziale Arbeit umkrempeln. Bereits im letzten Jahr hat die SPD im Jugendhilfeausschuss ein Projekt beantragt mit dem (noch vorläufigen) Titel „Kinder bilden unsere Zukunft“. Diesem Antrag ist einstimmig zugestimmt worden. Jetzt ist der Projektbericht

vorgelegt worden. Fazit: Wir müssen Kindern und ihren Eltern frühzeitig Hilfen geben und Angebote machen. Wir müssen Kinder und ihre Eltern stark machen, auch mit Belastungssituationen umzugehen. Dazu müssen wir vorhandene Hilfen bündeln und vernetzen und neue, auf die Kinder und Eltern zugehende Angebote entwickeln. Wir müssen verbindliche Absprachen treffen mit allen Akteuren in diesem Bereich, z.B. bei unseren jüngsten Kindern mit Ärzten, Klinik, Gesundheitsamt, Behindertenförderung, Jugendamt, sozialen Diensten, Familienzentren, Schulen und außerschulischen Angeboten. Ein neuer Baustein, im Haushalt dieses Jahres finanziell verankert, wird dazu der „Besuchsdienst“ von Eltern Neugeborener in Velbert sein, den wir ausdrücklich sehr begrüßen. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Kreis Mettmann und eine Verknüpfung mit dessen Programm zur Gesundheitsprävention erscheinen uns ebenfalls dringend erforderlich.

Zu diesem Punkt passt auch unsere Initiative, die im Jugendhilfeausschuss schon beschlossenen Familienzentren, die noch keine Landesförderung bekommen, bereits vorab mit 6.000 € aus dem städtischen Haushalt zu unterstützen und somit die Arbeit zu beschleunigen. Je früher wir anfangen, umso besser.

Auch wenn wir uns wünschen würden, gar keine Elternbeiträge für die Kindertagesstätten erheben zu müssen, passt dazu ebenfalls, dass durch unsere tatkräftige Initiative die Elternbeiträge nicht angehoben worden sind, sondern für viele, vor allem für unter dreijährige Kinder sogar bereits im letzten Jahr abgesenkt worden sind. Wir sagen als SPD-Fraktion hier deutlich: Niemand soll aus finanziellen Gründen davon abgehalten werden, sein Kind in die KiTa zu schicken.

Die Umstellung im Bereich der Kindertagesstätten mit dem neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sind trotz der vielen im Gesetz eingebauten „Fallstricke“ eher ohne große Reibungen vorgenommen worden. Hierzu möchten wir uns ausdrücklich bei der Verwaltung im Jugendbereich und bei den vielen Trägern in Velbert bedanken. Allerdings spiegelt die augenblickliche Situation nur die Planung wider. Ob die Planung auch in der Praxis nachher standhält, wird sich erst noch zeigen müssen. Die Macken erkennt man immer erst später. Auch die zum KiBiz gehörende Personalvereinbarung scheint davon einige zu haben: Stichworte Personaleinsatz/ Personalschlüssel, Leitung mehrerer Einrichtungen, Einsatz der Ergänzungskräfte und Berufspraktikantinnen.

Zu unseren Ideen und Initiativen passt nicht die Schließung der Spielstuben, die ja in sozialen Brennpunkten angesiedelt waren. Bereits im letzten Jahr hatten wir bei der Einführung von Elternbeiträgen für den Besuch der Spielstuben (im Übrigen gegen unsere Stimmen) warnend darauf hingewiesen, dass damit die Schließung vorprogrammiert sei. Genau so ist es gekommen. Dabei hilft auch nicht die Argumentation der CDU, die Kinder könnten ja die Angebote der offenen Ganztagsgrundschule wahrnehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der gegenüberliegenden Seite, Sie wissen ganz genau, dass nur etwa 20 % aller Grundschul Kinder dieses Angebot wahrnehmen und dass auch angesichts der dortigen vergleichsweise hohen Elternbeiträge einige Eltern allein aus finanziellen Gründen abgeschreckt werden. Wir hätten lieber das Angebot der Spielstuben in Richtung auf die Vermittlung von fehlenden sozialen Kompetenzen weiterentwickeln wollen. Damit stehen wir auch im Gegensatz zu dem aus unserer Sicht unnötigen Antrag der Linken, Spielstuben für z.B. Kinderverwahrung bei Einkäufen einzurichten. Dies wäre sicherlich eher Sache der Einzelhändler.

Es gelten zusammenfassend die schon in meiner letztjährigen Haushaltsrede genannten beiden Prinzipien:

1. Wir müssen uns um jedes hier geborene Kind kümmern. Kinder sind viel zu kostbar, als das wir es uns leisten könnten, einige davon nicht auf dem Weg zu einer guten Entwicklung und vielversprechenden Zukunft zu unterstützen.
2. Jede neugeborene Velberterin und jeder neugeborene Velberter muss sich in dieser Stadt zu Hause fühlen können, also integriert sein. Auch in dieser Beziehung können wir auf niemand verzichten.

Schule

Eine Befragung hat ergeben, dass die Offene Ganztagsgrundschule von den Eltern, Lehrern und Mitarbeitern positiv bewertet wird. Ganz überwiegend wurde Zufriedenheit vermerkt, an den wenigen Schwachstellen ist zu arbeiten. Uns Sozialdemokraten war jedoch von Anfang an die Beitragsstaffel für dieses Angebot ein Dorn im Auge. Nach unserer Ansicht viel zu schnell, nämlich schon bei 28.000 Euro Bruttojahreseinkommen, war der Höchstbeitrag zu zahlen. Jetzt hat der Schulausschuss beschlossen, die Staffelung und die Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder von den Kindertagesstätten auf die Offene Ganztagsgrundschule zu übertragen. Im nächsten Schuljahr muss für das zweite und weitere Kinder nicht mehr gezahlt werden, ab dem Schuljahr 2009 wird der Höchstbeitrag erst bei 70.000 Euro Jahreseinkommen fällig. Die Akzeptanz der in Velbert an jeder Grundschule angebotenen Einrichtung Offener Ganztage wird dadurch sicher noch weiter steigen.

Die Entscheidung für den Neubau einer Hauptschule an der Grünstraße war in diesem Rat umstritten, die Mehrheit knapp. Mit einem neuen Gebäude, angepasst an moderne Erfordernisse und behindertengerecht, geben wir der Schule beste Voraussetzungen für die Fortsetzung der erfolgreichen pädagogischen Arbeit. In diesem Zusammenhang müssen wir auch an die Zeit nach der Schule denken. In Iserlohn ist jetzt ein Pakt zwischen Stadt, IHK, Arbeitsagentur und Hauptschülern geschlossen worden, der bei Erreichen eines Schulabschlusses einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zusichert. Wir sollten prüfen, ob dies im Hinblick auf die Zukunftssicherung unserer Schulabgänger auch bei uns möglich ist.

Instandhaltung und Sanierung von Schulgebäuden ist eine kommunale Daueraufgabe. Immer kann man feststellen, es könne noch mehr und noch schneller gehandelt werden. Aber mit der Erneuerung der naturwissenschaftlichen Fachräume an allen weiterführenden Schulen in den letzten Jahren und in naher Zukunft setzt die Stadt ein positives Zeichen. Einrichtungen für die Über-Mittag-Betreuung und Essensversorgung werden mit dem Gymnasium Langenberg beginnend in jeder Schule der Sekundarstufen geschaffen. Um ein nahezu geflügeltes Wort in diesem Haus zu verwenden: Auch da sind wir auf einem guten Weg.

Die private zweite Gesamtschule hat ihre Arbeit sehr erfolgreich aufgenommen, obwohl das Land die Finanzierung des Ganztagsbetriebs nach wie vor verweigert. Der Erfolg der neuen Schule drückt sich in den Anmeldezahlen aus, leider sie muss etwa die Hälfte der Anmeldungen zurückweisen. Gleichwohl ist die Zahl der Ablehnungen an der städtischen Gesamtschule unverändert hoch, dem Elternwillen wird hier nach wie vor nicht Rechnung getragen. Ich zitiere dazu aus meiner Haushaltsrede des letzten Jahres:

„Die Tendenz zu mehr Integration und weniger Separation im Schulwesen, die bundesweit zu beobachten ist, wird aber auch vor den Grenzen unseres Landes und den Toren unserer Stadt nicht Halt machen.“ Davon sind wir Sozialdemokraten nach wie vor überzeugt, die Bedingungen dafür werden sich ab 2010 verbessern.

Volkshochschule

Unser Institut für Erwachsenenbildung, die Volkshochschule, wünscht seit langem eine zentrale Unterbringung in Velbert-Mitte. Was in Heiligenhaus Vorbildlich gelöst ist, wird nun hoffentlich bald auch in unserer Stadt verwirklicht. Es wäre ein Schritt, der die Qualität der ohnehin schon guten Arbeit noch einmal verbessern würde.

Kultur

Für die Neuordnung des Kulturbereiches hatten wir andere Vorstellungen und Vorschläge, als die von der Mehrheit des Rates beschlossenen. Der KVBV hat seine Arbeit aufgenommen und hat, wie nicht anders zu erwarten, einige Startschwierigkeiten. Hier sollten wir fraktionsübergreifend noch einmal Strukturen diskutieren und Konzepte besprechen. Vor allem personelle Dinge sind dabei zu klären. Langfristige Arbeit kann man nicht mit Zeitverträgen leisten.

Mit der eben beschlossenen Fortsetzung des Projektes „Musik für jedes Kind“ stärken wir das kulturelle Profil unserer Stadt in der Ausrichtung auf Kinder und Jugendliche. Der riesige Erfolg, auch und gerade an Schulen in Stadtvierteln mit besonderer sozialer Problematik, gibt uns in unseren Anstrengungen recht. Wir können als Stadt stolz darauf sein, hier ohne die Unterstützung des Landes für die Zukunft der Musik- und Kunstschule, wichtiger aber noch für Zukunft der Kinder Wegweisendes geleistet zu haben und noch zu leisten. Ich hoffe mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, dass die Anerkennung der Landesregierung in Form finanzieller Unterstützung nicht mehr lange auf sich warten lässt.

Die Sanierung des Bürgerhauses in Langenberg und die damit verbundenen Kosten haben uns schon mehrfach sehr intensiv beschäftigt. Ich hoffe, mit den heute vorgelegten Zahlen ist jetzt ein Ende erreicht. Sorgen macht uns in der SPD der Zeitplan. Wir wollen den Velberterinnen und Velbertern im Ortsteil Langenberg ihr kulturelles Zentrum so schnell wie möglich wieder zur Verfügung stellen.

Beim Schloss Hardenberg ist der Versuch, durch private Investitionen eine bessere finanzielle Grundlage für die Instandsetzung des Schlosses zu bekommen, nicht erfolgreich. Also stehen wir als Kommune mit Unterstützung durch den Denkmalschutz vor der Aufgabe, aus eigenen Kräften den Erhalt des wichtigen Denkmals zu bewerkstelligen. Nach wie vor gilt der Ratsbeschluss, im Schloss eine Kinder- und Jugendakademie einzurichten. Auch anderen konzeptionellen Überlegungen steht die SPD-Fraktion offen gegenüber.

Sport

Velbert ist eine Sportstadt. Der erneute Gewinn der Meisterschaft im Amateurboxen durch den Boxclub Velbert, die Erstklassigkeit des Billardsports, die Erfolge des Tanzsportes und die Planungen für die Deutsche Meisterschaft im Radrennen 2010 zeigen, dass der Spitzensport hier eine gute Heimat hat. Mindestens genauso wichtig ist uns Sozialdemokraten aber der Breitensport. Dem wird das Sportzentrum dienen, dessen Verwirklichung planmäßig verläuft. Der Haushalt dieses Jahres sieht dafür Investitionen von 4 Millionen Euro vor. Entgegen den Unkenrufen angeblicher Experten zeichnet sich übrigens ab, dass die geplante Maßnahme mit dem gesteckten Finanzrahmen auskommt, möglicherweise die veranschlagte Summe sogar unterschreitet.

Hämischen Kommentaren, nach dem unnötigerweise verpassten Aufstieg in die Regionalliga brauche die SSVg doch gar kein neues Stadion mehr, möchte ich Fakten entgegensetzen. In der NRW-Liga, in der die Spielvereinigung jetzt spielt, sind die Anforderungen des DFB an die Spielstätte nämlich kaum anders als in der Regionalliga.

Mit dem Zusammenschluss von Tus 64 und TBK zur Velberter Sportgemeinschaft sind auch von der Vereinsstruktur positive Voraussetzungen für die Nutzung des Sportzentrums geschaffen worden.

Zwei vom DFB und der Stadt gemeinsam finanzierte Kleinspielfelder mit Kunstrasen verbessern die Sportmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen außerhalb von Vereinen.

Das ist Förderung des Breitensports par excellence.

Stadtwerke

Ein neuer Anlauf, der Erfolg verspricht, ist die Teilfusion der Stadtwerke Velbert, Solingen und Remscheid. Unsere Antwort auf die großen Veränderungen, die sich zurzeit auf dem Versorgungsmarkt zeigen. Kooperationen und Verbünde, Fusionen und Verkäufe von kommunalen und privaten Strom- und Gasversorgern werden nahezu täglich gemeldet, aggressive Werbung mit Lockvogelangeboten bringt den Markt in Bewegung. Unsere gescheiterte Zusammenarbeit mit Wuppertal hat uns gezeigt, dass die Kommunikation mit möglichen Partnern „auf Augenhöhe“ stattfinden muss. Mit den beiden anderen bergischen Städten scheint dies der Fall. In allen drei Städten haben große Mehrheiten der Räte den Zusammenschluss wichtiger Unternehmensteile beschlossen. Nur Linke, Grüne und populistische Wählergemeinschaften, die den Bürgerinnen und Bürgern weismachen, es könne alles so bleiben wie es war, stimmten dagegen.

Was wird sich für den Kunden der Stadtwerke ändern? Äußerlich nahezu nichts. Die Ansprechpartner vor Ort werden dieselben sein, die Stadtwerke Velbert bleiben als Marke auch über die Fusion hinaus erhalten. Veränderungen betreffen vor allem die Mitarbeiter. Hier steht der Abschluss eines Tarifvertrages unmittelbar bevor, der die Interessen der Beschäftigten sichert. So sollen betriebsbedingte Kündigungen für die nächsten zehn Jahre ausgeschlossen sein und den Mitarbeitern wird ein Fahrgeld gezahlt, wenn sie den Beschäftigungsort wechseln müssen. Langfristig, das muss offen gesagt werden, wird die Fusion zu einer geringeren Arbeitsplatzzahl führen. Etwa 150 bis 200 der zurzeit 1500 Stellen werden wegfallen, allerdings gestreckt über einen längeren Zeitraum.

Die Städte haben vereinbart, in wichtigen Fragen einheitlich gegenüber den privaten Partnern aufzutreten, also die kommunale Mehrheit sicher zu stellen.

Berechnungen haben ergeben, dass die Zusammenarbeit eine Einsparung eines zweistelligen Millionenbetrages jährlich erbringt. Damit lassen sich kundenfreundliche Preise auf dem Markt halten und die Zukunft einer kommunalen Versorgung wird gesichert. Wir Sozialdemokraten unterstützen diesen Prozess in allen drei Städten und sehen optimistisch nach vorn.

Klinikum

„Warum Kliniken krank sind“ titelte die WAZ vor etwa zwei Wochen und verwies auf die Lage des Dortmunder Klinikums. Die Stadt gleicht dort in diesem Jahr Defizite von 30 Millionen Euro aus und plant weitere 19 Millionen Euro im nächsten Jahr. 40 % aller Kliniken, so der Städte- und Gemeindebund, befinden sich in den roten Zahlen, mit zunehmender Tendenz. Wir in Velbert wollen mit den Heiligenhausern zusammen gegen diese Tendenz arbeiten. Unsere Haushalte geben eine finanzielle Stützung des Klinikbetriebes auch gar nicht her. Also müssen im Klinikum selbst alle Anstrengungen unternommen werden, wirtschaftliche Tragfähigkeit zu erreichen. Dass die von CDU und FDP, vor allem von der Letztgenannten, durchgesetzte Gemeindeordnung mit der Behinderung der wirtschaftlichen Aktivität von Kommunen dabei nicht hilfreich ist, können wir am Beispiel der Küche sehen. Die SPD will für das betroffene Personal eine verlässliche berufliche Perspektive sicher stellen und den guten Standard der Verpflegung erhalten. Am besten wäre dies durch eine mit anderen Krankenhäusern zu bildende Gesellschaft zu regeln. Damit könnte Einfluss auf Qualität und Personalpolitik genommen werden, um den hohen Standard der Verpflegung im Klinikum zu halten. Die neue Gemeindeordnung engt die wirtschaftliche Betätigung von Städten und ihren Gesellschaften sehr stark ein und macht eine partnerschaftliche Lösung unter Beteiligung des Klinikums unmöglich.

Das Klinikum Niederberg in kommunaler Trägerschaft zu erhalten, ist keine leichte Aufgabe, aber es ist möglich. Nicht mit falschen Versprechungen, alles könne bleiben wie es ist. Nicht mit Verunsicherungen, halbweisen Behauptungen und Schwarzmalerei. Aber mit konstruktiver Arbeit unter Einbeziehung aller am Klinikum interessierter Kräfte. Die neu strukturierte Geschäftsführung verdient dabei unsere Unterstützung, die der SPD bekommt sie.

Wobau

Unsere Wohnungsbaugesellschaft ist wieder in ruhigeres Fahrwasser gekommen. Zu ruhig soll es aber nach Auffassung der SPD hier im Haus nicht sein. Mit der neuen Leitung wollen wir aus einer Wohnungsverwaltungsgesellschaft, die die Wobau in den letzten Jahren war, eine Stadtgestaltungsgesellschaft machen. Ein Antrag unserer Fraktion dazu nennt das neue Wohngebiet an der Hugelstrae als Beispiel. Einzelheiten sind noch zu klären, aber ökologisches, zum Beispiel energiesparendes Planen und Bauen an dieser Stelle aus städtischer Hand können wir uns gut vorstellen. Selbstverständlich ist hier nicht an Hochhäuser gedacht, wie Böswillige in der Öffentlichkeit unterstellen.

Planung

Der demographischen Wandel macht selbstverständlich auch vor unserer Stadt nicht halt. Ihn passiv zu erdulden kann aber nicht unsere Politik sein. Die Folgen für die städtische Infrastruktur in allen drei Stadtteilen wären katastrophal. Deshalb vertreten wir in der Diskussion um den neuen Flächennutzungsplan die maovolle Ausweisung von neuen Wohn- und Gewerbeflächen, auch gegen Einzelinteressen.

Wir hier im Stadtrat tragen Verantwortung für diese Stadt, und unsere Entscheidungen müssen davon bestimmt sein. Das klingt wie eine Binsenweisheit und meist wird nach dieser Maxime agiert. Nicht zu verantworten ist jedoch, dem Ankauf eines Grundstücks zuzustimmen, seine Verwertung dann aber zu verweigern. Geschehen ist dies beim Kauf eines Grundstücks an der Wilhelmshöher Straße in Velbert- Langenberg. Der Stadt entsteht dort ein Millionenschaden. Um es ganz klar zu machen: Die SPD hat geschlossen schon gegen den Ankauf gestimmt und sich im Weiteren konsequent verhalten. Jetzt gegen unsere Überzeugung die Kastanien aus dem Feuer zu holen, dafür stehen wir selbstverständlich nicht zur Verfügung.

Ich gehe davon aus, im Zusammenhang mit der Hugelstrae nicht das Gleiche erleben zu müssen, nämlich dass man sich der Verantwortung nicht stellt. Außer den Grünen und den Linken haben alle Fraktionen hier mit großer Mehrheit für einen Grundstückskauf gestimmt. Wie dieses Gebiet entwickelt werden kann, habe ich eben bereits angesprochen.

Die A44 kommt hoffentlich bald, wird zu erhöhter Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeflächen führen und uns insgesamt wirtschaftlich gut tun.

Der Ausbau des ÖPNV-Netzes in intelligenter Form ist ein wichtiges Anliegen der SPD. Neben dem zentralen Busbahnhof und einer klaren und einfachen Linienführung in Velbert-Mitte muss es schnelle Verbindungen aus den Stadtteilen ins Zentrum geben und von dort in die umliegenden Städte.

Für das SB-Warenhaus an der Kleestrae soll in diesem Jahr der Bebauungs-Plan beschlossen werden. Kaufland kann dann in 2009 bauen und eröffnen, eine Stärkung des Angebotes in der Innenstadt, nicht auf der „grünen Wiese“ ist dann erreicht.

Für das Woeste-Gelände müssen andere Konzepte als ein Supermarkt entwickelt werden. Das Einzelhandelskonzept ist in trockenen Tüchern und im Siepen und auch in der Nordstadt wird es demnächst eine vernünftige Nahversorgung geben.

Das Hotel am Forum und die Veränderungen am Marktzentrum sind eine große Chance für Velbert. Die Achse Rathaus-Forum kann sich sehr positiv entwickeln. Dabei muss der

Rathausplatz und der Platz am Offers einbezogen werden. Für die SPD ist wichtig, dass Finanzamt und Amtsgericht einen Standort in Velbert behalten.

Auch die Polizei soll bleiben, allerdings wird dafür dringend ein anderes Gebäude benötigt, verkehrsgünstiger gelegen und so ausgestattet, dass die Polizistinnen und Polizisten zukünftig ihren Dienst unter ordentlichen Bedingungen durchführen können.

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung ist beim Areal an der Talstraße auf dem von ihr ja häufig beschworenen „guten Weg“.

Die Veranstaltungen für Unternehmer und Existenzgründer finden positive Resonanz. Die EXPO-REAL in München scheint sich an vielen Stellen vorteilhaft für die Stadt auszuwirken. Neue Kontakte können zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandorts führen.

Hier ist die auch gute Zusammenarbeit mit unserer Nachbarstadt Heiligenhaus in der „Schlüsselregion Velbert. Heiligenhaus“ zu nennen. Der Aufbau eines IN-Instituts der Bergischen Universität Wuppertal wurde so möglich gemacht und wird sogar zwei Professuren erhalten.

Aber auch etwas Wasser will ich in den Wein gießen: Unsere Nachbarn kämpfen ebenso um Einwohner, Gewerbe und Geld, ohne dabei zimperlich zu sein. Wülfrath hat sein neues Gewerbegebiet direkt an die Velberter Stadtgrenze gelegt, Heiligenhaus wirbt massiv um Investoren für Einzelhandelsstandorte auf der grünen Wiese. Die Stadt Essen, die uns das Projekt Sportal nicht gönnen wollte, zieht mit dem Großvorhaben am Limbecker Platz auch aus Velbert Kaufkraft ab.

Konkurrenz, solange sie fair bleibt, kann uns aber nicht schrecken.

Zum Schluss geht unser Dank an die Kämmerei und die anderen am Haushalt beteiligten Kräfte der Verwaltung. Mit der gleichzeitig zu erstellenden veränderten Eröffnungsbilanz waren sie diesmal besonders gefordert. In so fern sehe ich Ihnen nach, dass immer noch in den Erläuterungen Vergleichszahlen zu den Vorjahren weitgehend fehlen.

Während bei anderen Fraktionen am Schluss der Ausführungen zum Haushalt oft ein überraschendes Abstimmungsverhalten angekündigt wird, das gar nicht zu dem vorher Gesagten passt, bleiben wir Sozialdemokraten auch hier verlässlich.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2008 zustimmen.

Danke für die Aufmerksamkeit